Dem Frieden eine Chance

Einen Ausweg aus der militärischen Sackgasse Afghanistan!

Die militärische Sackgasse Afghanistan

- Trotz der großen Zahl an Interventionssoldaten hat sich die Situation in Afghanistan seit Beginn des Militäreinsatzes verschlechtert. Die massive militärische Bekämpfung der Taliban hat deren zunehmende Umstellung auf Guerilla-Taktik mit Selbstmordattentaten bewirkt.

- Für diese „Irakisierung" und die hierfür erforderliche Mobilisierung von Selbstmordattentätern sind folgende Faktoren maßgeblich:
a) Die zunehmenden „Kollateralschäden" der NATO-Angriffe rufen erhebliche Empörung in der Bevölkerung hervor.
b) Die ausbleibende Verbesserung der Lebenssituation der Masse der Bevölkerung.
c) Die Missachtung der afghanischen, in hohem Maße religiös bestimmten Kultur durch die westlichen Soldaten.
d) Die wohl weitgehend korrupten realen Strukturen des fremden Demokratiemodells. War Lords, Kriegsverbrecher und Drogenbarone sitzen mit im Parlament und in der Regierung.
e) Die Unsicherheit der Machtverhältnisse, die eine sichere Zuordnung der Menschen zu politisch-demokratischen Kräften nicht zulässt.

- Zögen morgen alle Interventionstruppen aus Afghanistan ab, würde dort nicht automatisch Friede einkehren. Vielmehr wäre damit zu rechnen, dass uneingelöste Ansprüche und unterschiedliche Interessen des früheren Bruderkriegs nach Abzug der sowjetischen Armee aufbrechen würden.

- So steht die westliche Intervention vor einem doppelten Dilemma. Sie selbst ist nicht in der Lage, eine stabile und sichere Ordnung zu bewirken – im Gegenteil! Sie kann dies allerdings auch nicht einfach durch den Abzug ihrer Truppen erreichen. Wie im Irak-Krieg haben die westlichen Invasoren keine tragfähige Strategie für einen Rückzug vorbereitet.

Die Friedensbewegung protestiert gegen die militärisch ausgerichtete deutsche Außenpolitik. Wir fordern

- **Truppen raus aus Afghanistan**
- **Aufstocken der zivilen Aufbauhilfe um die Mittel, die durch den Abzug der Truppen frei werden**

Ostermarsch in Frankfurt / Main
Ostermontag, 13.April

13.00 Uhr: Abschlusskundgebung am Römerberg

Gießener Friedensinitiative; Fördergemeinschaft Friedensarbeit Gießen e.V.; v.i.S.d.P.: Schreier, Steinstr.33, Gießen

Unser Vorschlag in friedens- und entwicklungspolitischer Absicht

- Was also tun? Die Bundesrepublik Deutschland kann – außer politischer Einflussnahme auf die Verbündeten – nur über ihren eigenen Beitrag entscheiden, wobei sie sicherlich unter starken Druck aus den USA geraten wird, wenn sie im Sinne einer zivilen und friedlichen Konfliktlösung entscheidet. Doch Deutschland sollte in seinem eigenen Interesse diesen Druck aushalten, nicht zuletzt auch, um nicht immer tiefer in den Sumpf dieses Krieges hineingezogen zu werden.

- Wir fordern vom deutschen Bundestag, die Mandate für Bundeswehreinsätze in Afghanistan nicht zu verlängern und damit ein deutliches Signal der Neuorientierung zu geben. Dabei muss ein Datum genannt werden, bis zu dem die deutschen Truppen abgezogen sein werden.

- Gleichzeitig gibt die Bundesregierung bekannt, sie werde die finanzielle Hilfe um den Betrag aufstocken, der durch den Abzug der Truppen frei würde. Diese Mittel stünden für Entwicklungs- und Aufbauprojekte in Afghanistan zur Verfügung, die von Orten und Regionen gemeinschaftlich für wünschenswert und unterstützungswürdig gehalten würden. Dabei ginge es auch um die örtliche und/oder regionale Zustimmung derjenigen Kräfte, die den Taliban nahe stehen. Auf diese Weise könnten Dialog und Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte vor Ort sowie Vertrauen untereinander gefördert und die Sicherheit der Projekte verbessert werden.

- Die Bundesregierung fördert zugleich die Ausbildung von Personal und Organisationen für die Implementierung dieses zivilen und friedenfördernden Projektes.

- Die Bundesregierung soll gleichzeitig bei anderen Staaten, insbesondere der EU, dafür werben, sich diesem Projekt anzuschließen.

Begründung:

- Afghanistan ist ein multiethnisches und ein multikulturelles Land, mit riesigen Unterschieden hinsichtlich Landschaft und Bevölkerung. Es ist ein armes Land. Es musste sich nicht nur in früheren Jahrhunderten gegen den kolonialen Hunger Englands verteidigen, im vergangenen Jahrhundert die Invasion der Sowjetunion bekämpfen. Es musste auch nach Abzug der sowjetischen Truppen einen Bruderkrieg erleben, der erst durch den Sieg der Taliban, die ursprünglich von den USA als Kampftruppe gegen die UdSSR unterstützt wurden, überwunden werden konnte. Nun durchlebt die Bevölkerung den erneuten Ansturm des Westens auf ihr Land. Das alles hat eine eigenständige Entwicklung be- und verhindert.

Jede Form von Hilfe muss die traditionalen Strukturen berücksichtigen, um Kooperation zu ermöglichen.

- Der finanzielle Aufwand für Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan war bisher lächerlich gering. Seit 2002 wurden für militärische Zwecke insgesamt etwa 85 Mrd. US$, für Entwicklung aber nur 7,5 Mrd. US$ aufgewendet, von denen der größte Teil nicht bei der Bevölkerung angekommen ist. **Doch erst wenn die Bevölkerung eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erkennen kann, wird sie sich auch für Frieden engagieren.**

- Der Mohnanbau für die Produktion von Opium und Heroin ist seit der westlichen Intervention enorm erweitert worden. **Nur wenn den Bauern andere Erwerbsquellen erschlossen werden, können diese auf den Mohnanbau verzichten. Daran intensiv zu arbeiten wurde bisher versäumt.**

- Das Argument, zivile Hilfe und Entwicklung bedürften des militärischen Schutzes, greift nicht. Erstens ist das ISAF-Militär überhaupt nicht in der Lage, die zivilen Helfer zu schützen. Zweitens halten die Afghanen Helfer unter militärischem Schutz nicht für neutral, sondern für einen Teil der militärischen Intervention. NGOs und Entwicklungshelfer sehen sich deshalb durch Militär eher gefährdet als gefördert.